

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungserlöse Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16

Sonnabend, den 19 Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Lübedische Fabrik-Inspektion im Jahre 1899.

I.

Schon geraume Zeit ist es her, seitdem sich der „Volksbote“ mit einem Bericht der Lübedischen Fabrik-Inspektion beschäftigt hat. Es handelte sich damals um den ersten Bericht, den Herr Marine-Oberingenieur a. D. Johannsen als Nachfolger des alten Herrn Fink erstattet hatte. Der Bericht erregte s. Zt. in der Arbeiterbevölkerung Lübeds berechtigtes Aufsehen und noch berechtigtere Entrüstung wegen seiner allzu subjektiven Färbung. Das Gewerkschaftskartell sah sich sogar veranlaßt, in zwei seiner Versammlungen den Bericht einer Erörterung zu unterziehen, um verschiedene schiefe Urtheile und offenbare Unrichtigkeiten in demselben gebührend zu berichtigen und zurückzuweisen. Zu der ersten Versammlung, die am 4. Juli 1899 in der „Tonhalle“ stattfand, lud es Herrn Johannsen ein, und was beinahe Niemand erwartet hatte, geschah: Herr Johannsen erschien. In langer, sehr langer Rede suchte er die Vertreter der Gewerkschaften von der Objektivität seines angegriffenen Berichtes zu überzeugen. Indessen es gelang ihm nicht. Als am 9. Juli die Debatte in einer weiteren Versammlung fortgesetzt wurde — Herr Johannsen erschien diesmal nicht, weil er angeblich verhindert war — nahm das Kartell einstimmig folgende Resolution an:

„In Anbetracht dessen, daß der Fabrikinspektor von Lübed, Herr Johannsen, außer seinem Amte als Fabrikinspektor noch andere Stellungen bekleidet, von denen einige ihn in ein gewisses, wenn auch nicht gewolltes Abhängigkeitsverhältnis von hiesigen Fabrikanten bringen, kann das Gewerkschaftskartell sowie die gesammte organisierte Arbeiterschaft Lübeds dem Herrn Fabrikinspektor nicht mit dem nöthigen Vertrauen begegnen.“

Also ein Mißtrauensvotum ohne jede Schminke! Die einzige unmittelbare und auch sichtbare Folge dieser Resolution sowie der ganzen öffentlichen Erörterung des Berichtes im Kartell war: ein Antrag der Gruppe Thiel in der Bürgerschaft, das Gehalt des Fabrikinspektors, das so geringfügig war, daß der Inhaber des Amtes auf Nebenerwerb angewiesen war, zu erhöhen. Der Antrag Thiel fand Annahme, das Gehalt wurde auf 1200 M. erhöht, während es sich vorher weit unter 1000 M. bewegt hatte. Und wenn es erlaubt ist, aus den Angaben des Adressbuches Schlüsse zu ziehen, so scheint die Gehaltserhöhung in gewisser Hinsicht, — wobei wir natürlich noch die Möglichkeit offen lassen, daß vielleicht auch die Aufsichtsbehörde eingegriffen hat — gute Folgen zeitigt zu haben: Herr Johannsen scheint nicht mehr, wie in den Anfängen seiner Laufbahn, Handelsagent für industrielle Gesellschaften zu sein. Nach dem Adressbuch von 1900 wenigstens ist Herr Johannsen nur noch Fabrikinspektor und Insp. des Germanischen Lloyd. Eine Kollision zwischen den Pflichten des Fabrikinspektors und den Interessen des Handelsagenten ist deshalb weniger leicht möglich.

Was nun den neuesten Bericht des Herrn Johannsen betrifft, der sich auf die Lage der Lübeder Arbeiterschaft im Jahre 1899 bezieht und unseren Lesern bereits bekannt ist, so läßt sich nicht verkennen, daß er ein klein wenig objektiv abgefaßt ist wie derjenige, mit dem sich Herr S. s. Zt. einführte; indessen: ein einigermaßen befriedigender Bericht ist auch er noch lange nicht. Wohl fehlten diesmal die Brandreden von den „gewissenlosen Agitatoren“, den „Phrasenmachern“, aber dafür ist der Bericht von einer um so erschreckenderen Dürftigkeit und Härte. Und dies in einem Staate wie Lübed, dessen Arbeiterschaft so gut organisiert ist, wie fast keine zweite in ganz Deutschland! Die Dürftigkeit des Berichtes fällt um so mehr in die Augen als selbst das Wenige, was Herr Johannsen über die wirtschaftliche Lage der Lübeder Arbeiterschaft zu berichten weiß, noch häufig genug nur wenig dazu beiträgt, sich ein wirkliches Bild von den Verhältnissen der hiesigen Arbeiter bilden zu können. Um nur ein Beispiel anzuführen: Herr S. theilt in großer Ausführlichkeit den Umkehr des hiesigen Zweigvereins des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke mit (wir hatten nur die Endresultate daraus wiedergegeben. Red.). Wir fragen nun: war es wirklich von Herr S., den Bericht mit diesem Ballast zu beschweren, der keinen Rückschlag in irgend welcher Form auf die

Lage der Arbeiter zuläßt? Diese Art der Berichterstattung erinnert lebhaft an die Weise gewisser Journalisten, die es als Spezialität betreiben, Zeilen zu „schinden.“ Und auf ähnliches wird man bei genauem Durchlesen des Berichtes noch häufiger stoßen. Es scheint, daß sich Herr Johannsen, gewiß durch die Erfahrungen, die er mit seinem ersten Bericht gemacht hat, jetzt allzu slavisch an seine Instruktion gehalten hat, die ihm vorschreibt, „nur Thatfachen“ im Berichte anzuführen und sich jeder Kritik zu enthalten. Da es ihm aber an thatsächlichem Material fehlte, obwohl er solches in Fülle und Fülle von den hiesigen Gewerkschaften in bereitwilligster Weise hätte erhalten können, so verlängerte er eben seinen Bericht in der oben gerügten Weise. Wir erklären offen, daß uns da die früheren subjektiven Äußerungen des Herrn Fabrikinspektors immer noch lieber sind, ließen sie doch wenigstens jedermann offen erkennen, was Geistes Kind Herr Johannsen ist.

Selbstverständlich ist es für den Kritiker unter solchen Umständen viel schwieriger, gegen die Materie des Berichtes, die Herr Johannsen bietet, anzukämpfen. Nur in den wenigsten Fällen, so weit das Bismarckmaterial nicht ohne weiteres als richtig zu unterstellen ist, wird es möglich sein, die tatsächlichen Angaben des Herrn Johannsen in seinem Bericht über das Jahr 1900 anzusehen. Unsere Kritik kann sich deshalb auch, nachdem wir den Bericht bereits nahezu völlig abgedruckt haben, nur auf einzelne Punkte erstrecken.

Die Zahl der Revisionen, die Herr Johannsen im Jahre 1899 vorgenommen hat, ist immer noch sehr gering: 249. Das Jahr zu rund 300 Wochentagen gerechnet, kommt noch nicht einmal auf jeden Tag eine. Zudem fehlt es in dem Berichte an jeder Angabe, ob Herr S. einzelne Betriebe mehrfach revidirt, ob er, nachdem er etwas zu erinnern gefunden hatte, auch nachrevidirt und ob er irgend welche Nachrevisionen vorgenommen hat. Daß sich der Bericht gerade über die Nachrevisionen ausläßt, empfinden wir als einen besonderen Mangel desselben.

Der Verkehr des Fabrikinspektors mit den Arbeitgebern ist im Berichtsjahr, wie schon früher, ein „andauernd reger und zufriedenstellender für beide Theile“ gewesen. Dagegen muß Herr Johannsen berichten, daß die von ihm für die Arbeiter eingerichteten Sprechstunden von diesen nur wenig benutzt worden sind. Für uns ist diese Angabe nicht gerade überraschend. Das Zutrauen der Arbeiter zum Fabrikinspektor fehlt noch immer und Herr Johannsen hat sich auch noch nicht veranlaßt gesehen, sich dasselbe zu erwerben. Das erste Debut des Herrn Fabrikinspektors war zu schlecht ausgefallen, sodaß er die Sympathien, die man ihm im reichsten Maße entgegenbrachte, sich sofort wieder verlor. Und wenn Herr Johannsen noch auf demselben Standpunkt verharret, den er 1896 in der Tonhallen-Versammlung öffentlich vertreten hat, daß nämlich er, Johannsen, es durchaus nicht nöthig habe, sich das Vertrauen der Arbeiter erst zu erwerben, sondern daß vielmehr die Arbeiter die Pflicht hätten, es ihm, Johannsen, entgegenzubringen — so kann es noch recht lange dauern, bis der Herr Fabrikinspektor jemals von einem befriedigenden Verkehr mit den Arbeitern wird berichten können. Das Vertrauen der Arbeiter ist nun einmal keine gebratene Taube, die einem, wie im sagenhaften Schlaraffenlande, von selbst zufliegt, sondern man muß es sich erst erwerben. Bisher aber hat Herr Johannsen noch nicht gezeigt, daß es ihm wirklich ernstlich darum zu thun ist, die Arbeiter für sich einzunehmen, sodaß sie sich ihm vertrauensvoll nähern und ihm ihre Beschwerden vortragen. Zu ungleich sind noch immer Licht und Schatten in seinem Bericht vertheilt. Während er für das Unternehmertum mit dem Lobe nicht spart, findet er für die Arbeiter entweder nur Worte des Tadels wie früher, oder aber er stellt selbst da die Lage der Arbeiter als rosig hin, wo doch so viel Dornen und Disteln wuchern. Die Arbeiter verlangen garnicht etwa, von Herrn Johannsen besonders gelobt zu werden; er mag sich sein Lob ruhig für die geliebten Unternehmer aufsparen, was sie aber fordern und auch fordern können, ja sogar fordern müssen, ist: ihre Lage so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit ist, ohne Retouche, ohne Färbung irgend jemand zu Liebe. Das Fabrikinspektorat ist doch nicht allein nur darum eingerichtet, um eventuelle Verstöße gegen die Arbeiterschutzgesetze aufzufindern, wenn es auch seine fürnehmste Aufgabe sein soll, sondern auch darum, um alljährlich ein

getreues Bild der Lage der Arbeiter, ihrer Fährnisse im wirtschaftlichen Leben u. s. w. zu geben, damit möglichenfalls die Gesetzgebung kessend eingreifen kann. Nicht umsonst hat wahrlich s. Zt. der Reichstag den Beschluß gefaßt, ihm die Berichte der Fabrikinspektoren völlig zugänglich zu machen; man wollte nicht mehr nur die vielfach distillirten Berichte des Reichsamtes des Innern genießen, die häufig gerade da schwiegen, wo sie hätten schreien, anklagen sollen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 17. Januar 1901.

Der Reichstag setzte heute die Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern fort. Wieder waren es die sozialpolitischen Gegensätze, die die Debatte beherrschten. Der Ritter von der Laube, Herr v. Karborff, der aus purer Freundschaft zu seinem Pylades-Stumm den Vorsitz in der Budgetkommission niedergelegt hat, um sich ganz der Vertbeidigung seines Busenfreundes aus Saarabien zu widmen, brachte die gewöhnlichen Tiraden einer sozialpolitischen Rückständigkeit vor, von der ein so gemäßigter Mann wie Rösicke-Dessau jüngst meinte, daß sie wie ein versteinertes Ueberbleibsel einer früheren Periode anmuthe. Weit interessanter, als die Rede Karborffs, war das offene Eingeständniß des Zentrumsjuristen Rintelens, daß er das vielbesprochene Verbot des Streikpostenstehens für berechtigt erachte. Ein neuer Beitrag zu der mehrfach von uns hervorgehobenen Mauerung des Zentrums nach rechts hin! Sehr energisch wandte sich Genosse Fischer gegen die Anempfehlungen Karborffs, dessen sehr — interessante Vergangenheit ihm eigentlich etwas mehr Vorzicht auferlegen müßte. Ferner nagelte Genosse Fischer die Aeußerung Rintelens fest und las noch einmal dem Staatssekretär Posadowsky gründlich die Leviten. Recht wirksam war die Art und Weise, wie Fischer den düsteren Unheilpropheten Posadowsky an einen anderen Propheten, Namens Friedrich Wilhelm IV., seines Reichens König von Preußen, innerte, der mit seinen Weissagungen bekanntlich nicht allzuviel Glück gehabt hat. Der freisinnige Schulmann Zwick sprach über das Elend der Kinderarbeit in einer Weise, die seinem feinsten Parteipapst Richter nicht sonderlich gefallen dürfte, der es nicht allzugern sieht, wenn seine Getreuen sich mit derartigen Kleinigkeiten allzu intensiv befassen. Der Dr. Dertel weiterte wieder einmal mit Herrn v. Karborff in Sozialistenverrichtung, wenn er freilich auch die Sache nicht ganz so ungeheuer anfang, wie dieser. Alsdann wartete Graf Posadowsky dem Hause mit einer Entdeckung auf, die übrigens nicht ganz funktelnagelneu ist, sondern schon zur Zeit der Umsturzvorlage in offiz. öf. n. Blätter spulte, der Entdeckung nämlich, daß das Deutsche Reich sozusagen eine Unternehmung der Fäuker auf Kundigung sei. Im Uebrigen sprach der Graf des Innern recht zahl und äußerte sogar die Hoffnung der allmählichen Umwandlung der „Leider“ zur Zeit noch republikanischen Sozialdemokraten in militärfromme Monarchisten.

Eine sehr wirkungsvolle Anklagerede gegen die im deutschen Reich preußischer Nation beliebte Art der Sozialpolitik hielt Genosse Rosenow, der namentlich auch das vom Eisenbahnminister v. Thielen beliebte Vorgehen gegen die Straßenbahnangelegten gebührend geißelte. „Eisenbahnunglücksminister“ nannte er mit glücklichem Ausdruck den Freund, Gönner, Vetter und Schwager der ausbeuterischen, knebelwüthigen, kohlenwucherischen rheinisch-westfälischen Schlotjunken.

Nachdem sich noch die Herren Hize und Rintelens vom Centrum in persönlichen Bemerkungen gegenseitig kastriert hatten, daß ihre abweichenden Ansichten vom Streikpostenstehen nur persönlich seien, schloß die Sitzung kurz vor 6 Uhr. Morgen ist wegen der höfischen Festlichkeiten keine Sitzung; übermorgen müssen die „Reichstreuen“ ihren Rahenjammer ausschlagen; am Montag soll mit frischen Kräften über das Reichsamt des Innern weiter debattirt werden.

28. Sitzung. Mittags 2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.
Die zweite Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt (Titel: Staatssekretär).
v. Sallig (K.) fragt an, was bezüglich der Berichtigung

derjenigen Elemente gefeiert ist, die beim Retten Schiffbrüchiger und Bergen gestrandeter Schiffe berunglückt sind.
v. Kardorff (RP): Die Ausführungen, die hier gemacht werden, daß wir darauf ausgingen, die Arbeiter zu knechten, sind nur bestimmt, auf diejenigen in der Arbeiterkassette zu wirken, welche selber nicht alle werden. Uebrigens, wie sieht es in der Sozialdemokratie selbst aus? Ihr Prinzip ist es, der Arbeitgeber darf sich um die politische Stellung seiner Angestellten nicht kümmern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun, Herr Schädlant thut das Gegenteil. Die Erklärung des Parteivorstandes gegen ihn war doch recht matt. Nach einer Notiz in dem Correspondenzblatt der Buchdrucker hat ferner Herr Schädlant einen nicht zielbewußten Mitarbeiter geohrfeigt. Eine Berichtigung des Herrn Kapfenstein erklärte, die Sache wäre umgekehrt, er selbst habe Herrn Schädlant geohrfeigt. (Heiterkeit rechts.) Das ist eine Idylle aus dem Zukunftskont. (Große Heiterkeit bei den Soz.) — Hier im Hause dominiert die Sozialdemokratie fast gegen das Großkapital. Ihr Genosse Arons aber hat gesagt, Kapital und Sozialdemokratie sind ganz natürliche Verbündete zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ihnen liegt gar nichts daran, daß noch mehr geschehen wird, um die Arbeiter zufriedener zu stellen. Sie leben ja von der Unzufriedenheit der Arbeiter. Ihre ganze Agitation ist tief unmoralisch. (Lachen bei den Soz.) Für die Resolution in der 12000 Mark-Affäre sind wir den Sozialdemokraten dankbar. Durch Ablehnung derselben können wir dem Grafen Posadowsky ein glänzendes Vertrauensvotum ausstellen. — Vom Staatssekretär wünschen wir eine deutlichere Erklärung, als das geschehen ist, ob die Handelsverträge rechtzeitig gekündigt werden sollen und ob die Landwirtschaft bestimmt auf Unterstützung durch Einführung höherer Zölle rechnen kann.

Rintelen (Z) tritt für das Verbot des Streikpostenstehens ein. Das Streikpostenstehen ist keine Garantie für die Freiheit des Koalitionsrechtes, sondern ein Verstoß gegen die Freiheit derjenigen, die sich der Koalition nicht anschließen wollen, bedeutet also einen Koalitionszwang, den man nicht dulden kann.

Fischer, Berlin (SD): Es ist der Wunsch geäußert worden, die 12000 Mark-Affäre endlich ruhen zu lassen. Es sind aber in der Verhandlung eine ganze Reihe neuer Gesichtspunkte aufgestellt worden, das es einfach unzureichend ist, die Sache weiter zu verfolgen und Rechenschaft von der Regierung zu verlangen. Herr v. Kardorff ist wieder auf den Leipziger Fall zurückgekommen und hat gemeint, der Boykott sei von der Parteileitung nicht scharf genug gerügt worden. Die Parteileitung hat aber ganz scharf in ihrer Erklärung gesagt: „Die Fraktion kann es nicht billigen, daß die Nichtzugehörigkeit der Buchdrucker zur sozialdemokratischen Organisation bei ihrer Kündigung oder Entlassung entscheidend sei. Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß alles aufgedeckt werde, um die Differenz zu beseitigen.“ Mehr konnte die Fraktion nicht thun. — Herr v. Kardorff sprach von einer Ohreigen-Affäre zwischen zwei sozialdemokratischen Redakteuren. Die Herren, die selbst auf dem Druckstandpunkt stehen, haben am wenigsten Ursache, sich über ein derartiges Verhalten, das ich übrigens durchaus nicht billige, aufzuhalten. (Sehr gut! h. d. Soz.) Und die Herren vom Zentrum, die vorher so herzlich lachten, mögen an die Ohreigen denken, die Herr Arons in aller Achtung und Freundschaft Herrn Daxbach anbot. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kardorff sprach weiter von der Unmoral der sozialdemokratischen Agitation. Die Differenz zwischen der Moral der Sozialdemokratie und der Moral der Landbesitzer ist so groß, daß eine Debatte völlig unmöglich ist. Herr v. Kardorff hat eingehendernmaßen Subjektive von der Diskontinuität empfangen; ich frage ihn also wohl kein Unrecht mit der Annahme, daß er die Geißel erdulden hat, um sein parlamentarisches Amt im Interesse der gesamten Gesellschaft auszuüben. — Was den Vorwurf anderer Feindschaft gegen den Grafen Posadowsky anbelangt, so will ich meinen, daß wir keine solche Uebung wie die Konventionen im Ministerpräsidenten beifügen und daß das Wort „kein König, keine Krone“ nicht von uns herrührt. (Sehr gut! h. d. Soz.) Um auf Herrn Dr. Dertel zu kommen, so wohnen in dessen Brust zwei Seiten: als Oberredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ vertritt er die 12000 Mark-Affäre, als konservativer Abgeordneter vertritt er sie. (Sehr gut! h. d. Soz.) Herr Rintelen vertritt sich über die Beseitigung, die ich über die „Stimmenprofessoren“ gemacht habe. Ich würde über die Professoren keineswegs so geringschätzig, wie etwa der verstorbene König Graf August von Hannover. Ich habe auch durchaus nicht geglaubt, daß sie gegen ihre Lieberzeugung für die Pötte gesprochen und geschrieben haben. Wenn die Professoren sich für die Beseitigung ihrer Lieberzeugung bezogen, so wird doch z. B. Herr Paasche nicht Unrecht darin finden, der auf Kosten der Bundesratsmitglieder eine Reise nach Amerika gemacht hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Staatssekretär erklärte, es sei nicht Sache des Reichstages, sich darum zu kümmern, wer die hier von der Regierung eingebrachten Vorlagen vertritt. Das mag durchaus stimmen, aber praktisch heißt die Sache so, daß keine Regierung stark genug ist, dem Hause einen Minister anzunehmen, mit welchem die Mehrheit nicht verhandeln will. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Reichstagspräsident kann durchaus die in unserer Resolution vorgeschlagenen Schritte zur Auflösung der 12000 Mark-Affäre thun, wenn er nur die nötige Konsequenz hat. Friedrich: genügt der Mehrheit die Erklärung des Staatssekretärs, so können wir daran nichts ändern. Wenn Graf Posadowsky sich über meine Rede beklagt, in der ich nicht gethan habe, als unerschrockener Kämpfer gegen die Sozialdemokratie, so heißt das einen Spiegel anhalten, weil er ein wenig schwermüthig das Bild zurückwirft. Das ganz Herr Dr. Dertel Staatssekretär in allen Ehren — aber wir können dasselbe unmöglich als Maßstab annehmen. Hält sich doch auch Herr v. Stumm für einen Arbeitsheld! Der Herr Staatssekretär sagt, daß ich die parlamentarische Natur seiner Stellung verkenne. Nun, ich verkenne durchaus nicht die Schwere meines Amtes, an das er mit der vollen Verantwortung eines öffentlichen Mannes herangeht. Uebrigens können wir mit größtem Vergnügen seine Erklärung, daß der Bundesrat ein Hauptbedenken der sozialen Reform ist. Unter Umstehen über die Gesetzentwürfe, die uns vorgelegt werden, wird jedoch dadurch nicht geändert. Wohl kommen sie aus dem Bundesrat; aber ungefragt werden sie im Reichstag des Januars von den in einmütigen Beschlüssen der Reichstagspräsidenten. Mit einer Schandthat, die mehr seiner früheren parlamentarischen als seiner jetzigen Stellung entspricht, protestierte am Montag Herr Dertel gegen die Beseitigung; was die Sache betrifft, so hat er aber ein solches, das er als Schandthat keine Stellung hat, so sagt er, wenn er gefragt wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Daß die Justizministerialvorlage — die der Staatssekretär jedenfalls mit einem Uebermuth, der nicht darauf hinweist, daß er sie nicht billigt — gegen die Arbeiter gebracht hat, darüber ist kein Wort zu verlieren. Das Zentrum mag es überlegen, ob es sich zu nehmen zu dem Standpunkte, den Herr Rintelen gegenüber dem Streikpostenstehen eingenommen hat, das er als Anführer der Streikpostenstehers bezeichnet hat. Er thut diese Erklärung nicht nur für seine Person, sondern für seine Fraktion abgeben zu haben. (Abg. Dr. Fischer: Nein!) Der Reichstagspräsident durch den Arbeiter in einem der nächsten Sitzungen zu befragen, ob er sich zu diesem? Selbst wenn nicht, was Graf Posadowsky in der Sitzung hat, und was er auch immer, eine auch nur formale, zurechtweisung, daß die Justizministerialvorlage gegen Arbeiter und Unternehmer verstoße, was er deshalb gegen beide gleichmäßig angewendet werden? Ich frage hier vom Reichstagspräsident aus dem Reichstag: Wenn zwei derselben thun, so ist es nicht dasselbe! Sie sind zwei Personen, haben andere Interessen, haben ein anderes Interesse, in wie weit wird die Reichstagspräsident die Reichstagspräsident angewandt werden? Hat doch nicht der

Reichstagspräsident Mittelstück die Wahrheit dieser unserer Ausführungen anerkennen müssen. Was ich von den Aeußerungen des Staatssekretärs über die Arbeiterkoalitionen sagte, ist durchaus dem amtlichen Stenogramm entnommen. Sie entsprechen durchaus dem Polizeigefühl, mit dem der Staatssekretär sein Amt antrat und stehen mit seiner heutigen, den Arbeiterkoalitionen günstigeren Auffassung in direktem Gegensatz. — Durch die Erklärung des Grafen Posadowsky, er habe im Reichstag des Januars über die Vorgänge beim russischen Handelsvertrage nichts erfahren können, ist das Reichstag des Januars noch mehr kompromittiert. Man kann daraus nur schließen, daß sich die Vorgänge entweder hinter dem Rücken des Herrn Staatssekretärs abgespielt haben oder, daß das Verhältnis zu dem Zentralverband und dem Reichstag des Januars so intim ist, daß die Beamten nicht mehr feststellen können, was von dem einen, was von dem andern veranlaßt wird. (Sehr gut! h. d. Soz.) Der Herr Staatssekretär hat schließlich den Untergang des deutschen Reichs prophezeit, wenn einer seiner Nachfolger einen Verstoß fände. Mit solchen Prophezeiungen pflegt es gewöhnlich anders zu kommen, als man meint. Friedrich Wilhelm IV. erklärte zwar auch, daß sich zwischen ihm und sein Volk niemals ein Blatt Papier drängen solle, mußte aber doch die Verfassung unterzeichnen und auch die Krone aus Dred und Letzen ist schließlich von den Hohenzollern getragen worden. Statt solcher Kassandra-Rufe sollte der Herr Staatssekretär lieber die bestimmte Erklärung abgeben, daß ähnliche Vorwahnungen im Reichstag des Januars in Zukunft unmöglich sein sollen. (Bravo! h. d. Soz.)

Zwick (ZP) wünscht gesetzliche Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben und zur Einschränkung der Frauenarbeit.

Dertel (R): Die historischen Reminiszenzen des Herrn Abg. Fischer waren nicht genau. Friedrich Wilhelm IV. hat nur gemeint, daß sich durch die Verfassung kein Verhältnis zum Volke niemals trüben werde und was die Ablehnung der Kaiserkrone anlangt, so sagte er sehr geistreich zum Banquier Fiedler, der sie ihm präsentirte, „beschnittene Kronen pflegen Sie doch auch nicht anzunehmen.“ (Heiterkeit rechts.) Im Falle des Kaisers — das gebe ich zu — haben sich die Herren (zu den Soz.) korrekt benommen, aber ich verstehe nicht, daß ein Parteigenosse, der so wider die Fraktion lüthigt, nicht in der sündigen Flugbewegung die Partei verlassen muß. (Heiterkeit rechts.) Redner vertheidigt das weitere die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren. Diese beschuldigen nicht, freilich auch nicht die Fehler der Arbeiter. Herr Dertel warf den Vorkämpfern ein in feindsüchtiger Stimmung gelungenes Lied vor, das nur Scherzhaft aufzufassen ist. Wer im Glashause sitzt, sollte auch nicht mit Steinen werfen. Ich erinnere z. B. daran, daß der sozialdemokratische Dreidener Konsumverein, der im letzten Jahre 800 000 Mk. Dividende zahlte, seinen Angestellten nur ein Durchschnittsgehalt von 930 Mk. gewährt. (Hört, hört! rechts.) Im übrigen bitte ich Sie, möglichst bald das Gehalt des Herrn Staatssekretär im Reichstag des Januars zu bewilligen. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herr Fischer hat meine staatsrechtliche Auffassung über das deutsche Reich und die verbündeten Regierungen bekämpft. Zweifellos bringen die verbündeten Regierungen die Vorlagen ein. Ich bekomme oft genug mein Konzept vom Bundesrat gründlich durckkorrigirt zurück. Wenn aber aus jeder Veränderung, die der Bundesrat vornimmt, eine Kabinetsfrage gemacht würde, würde die Regierungzeit eines Staatssekretärs nicht so lange dauern, wie der Schnee im Frühjahr. Ich habe allerdings erklärt, daß es eine Prüfungsfrage für das Deutsche Reich wäre, wenn ein Staatssekretär den Beifall eines Sozialdemokraten fände. Die Sozialdemokraten sind bekanntlich Republikaner. Nach dem Wortlaut der Reichsverfassung ist unbestritten das deutsche Reich hervorgegangen aus dem Bunde der deutschen Fürsten. Sobald im Deutschen Reich eine politische Richtung mit republikanischen Bestrebungen das Schwergewicht erhält, ist die Prüfung des Deutschen Reichs damit nicht mehr vereinbar. (Bravo! rechts.)

Rosenow (SD): Herr Dr. Dertel hat auch heute wieder wie immer über die verchiedensten Dinge, natürlich nur sehr oberflächlich, gesprochen. Ich wundere mich, daß er nicht auch über den Untergang der Welt gesprochen hat. (Dr. Heiterkeit.) Für meinen Fraktionsgenossen Sedwanz habe ich zu erklären, daß Schädlant mit der Anwesenheitsleistung zwischen der Sekretärsleitung und den Buchdruckern nicht das allermindeste zu thun geacht hat. (Ahl! ah! rechts.) Er hat sich in die ganze Angelegenheit nicht eingemischt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Dertel hat wieder die abfällige urtheilende Behauptung aufgestellt, daß die Konsumvereine sozialdemokratische Betriebe seien. Als Partei haben wir nichts an der Konsumvereine zu thun. Aber wir unterstützen die Arbeiter in ihrem Bestreben, ihre Lebenslage zu verbessern aber auch, wenn sie in Konsumvereine beschäftigt sind. Thatsächlich werden aber die Arbeiter in den Konsumvereinen besser bezahlt, als die Arbeiter in kapitalistischen Betrieben. Herr Dertel wundert sich über das geringe Durchschnittsgehalt von 930 Mk. jährlich. Im Handelsbezirk wird aber noch nicht einmal ein Durchschnittsgehalt von 930 Mk. bezahlt. In Herrn Dertels Herr Dertel, würden viele Arbeiterfamilien in der Hausindustrie froh sein, wenn sie jährlich 930 Mark hätten. Ich frage mich, daß die statistische Kommission befragt werden soll mit Erhebungen über die Lage des Personals in Komptoirs und Lägern, die nicht mit offenen Handelsstätten in Verbindung stehen. Wenn hätte ich die Erhebungen ausgedehnt gehen auf die Lage der Angestellten im Berg- und Hüttenwesen und der Schreiber bei Rechtsanwälters. Die Angestellten sind meistens einem wackeligen Unternehmerring gegenüber, der ihnen die Existenzsicherheit nimmt. Die Lage dieser Angestellten bedarf ebenso wie die Lage der Gehilfen bei Rechtsanwälters endlich der rechtzeitigen Regelung. In der Verfügung des Staatssekretärs über die Erhebungen für das Reichsanwaltschaft müßte genauere Bestimmungen, wasentlich über die Zahl der Sätze enthalten sein, sonst hat die Verordnung keinen Werth. Bezüglich des 9 Uhr Lohnzuschusses müssen die Apotheker und die Arbeiter und Freireisenden einbezogen werden. Die diesbezüglichen Wünsche der Interessenten sind durchaus berechtigt.

Herr Dr. Dertel wird ein Vertagungsantrag angenommen.
Parlamentarisch bemerkt
Fischer (Z): In der Frage des Streikpostenstehens hat Herr Rintelen nur für seine Person gesprochen. Die Stellung des Zentrum in dieser Angelegenheit ergibt sich aus der einmütigen Ablehnung der Justizministerialvorlage seitens des Januars.
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Fortsetzung der zweiten Berathung des Reichstags des Januars.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau

Die Scharfmacher fühlen wieder den Rath in der Brust, ihre Spannkraft zu üben. Im Anschluß an die Aufforderung des Grafen Limburg-Sturum im preussischen Abgeordnetenhaus an den Ministerpräsidenten, sich mit der konservativen Partei zur Bekämpfung des „Unstürzes“ zusammenzuschließen, schreibt das Berliner „Kreuzzeitung“:
„Wir meinen, daß die konservative Partei im Reichstage sich ein großes Verdienst erwerben würde, wenn sie alsbald einen Antrag auf Wiedereröffnung des Sozialengesetzes mit entsprechender Abänderung in Bezug auf seine Dauer — soll heißen, daß diese Dauer eine unbefristete wird, — einbringen sollte. Und dieser Antrag müßte auch abgelehnt, so muß er in jeder Session rechtsgültig erneuert werden, wozu jedenfalls größere Berechtigung vorhanden ist als für andere alljährlich wiederkehrende Anträge. Kommt Zeit, kommt Rath!“
Die treueste Arbeiterschaft von Europa ist die Mansfeldische. So sagte der Oberpräsident der Provinz Sachsen kürzlich bei der Einführung des zum Direktor der Mansfeldischen Gewerkschaft in Eisleben ernannten Berggrath's Schradler. Das ist zwar in den Augen der übrigen Arbeiterschaft kein Lob für die Mansfeldischen Bergarbeiter; immerhin ist es nicht uninteressant, wie der frühere Staatsminister v. Bötticher, der bekanntlich einmal einem Vorwurfe der Unternehmung in lebenswürdiger Weise dadurch begegnete, daß er ihnen sagte: Meine Herren, wir arbeiten nur für Sie! diese „treueste Arbeiterschaft von Europa“ charakterisirt. In der vom „Hettstedter Wochenblatt“ wiedergegebenen Ansprache heißt es: „... Ich erinnere mich noch der Tage, als ich unter der Leitung des Geheimraths Leuschner Kenntniß nahm von den Einrichtungen des Bergbaues und des Hüttenbetriebes; ich erinnere mich, mit welchem Stolz er auf seine Schöpfung blickte, die nicht nur materieller, sondern vor allem ideeller Natur ist in ihren Wirkungen auf die Belegschaft, die die treueste, sicherste und zuverlässigste ist im Deutschen Reich und damit von ganz Europa. Das war Leuschner's Werk. Es giebt keine treueren Männer, als die Mansfelder, es giebt für sie kein höheres Streben, als für das Heim, für die Familie, für das Wohl des Staates. Daß ich als Beamter, dem das Wohl der Provinz am Herzen liegt, gern theilnehme an den Festen einer Genossenschaft, die solche Arbeiter erzogen hat, das ist ganz natürlich. In unseren Tagen der tiefgehenden Erschütterungen darf es nicht unterschätzt werden, daß eine solche Arbeiterschaft vorhanden ist, mit dem Geiste der Königstreue, der Vaterlandsliebe, mit dem Glauben und der Pflichttreue.“
Das war Leuschner's Werk — jwöh! Noch außen ist die Leuschner'sche Erziehung durch den bekannten Eislebener Auführungsprozess in die Erscheinung getreten. Unter Anführung eines Polizisten sprengten die „treuesten Arbeiter von ganz Europa“ mit Knütteln und Gummischläuchen eine sozialdemokratische Versammlung. Der Polizist Köhler und die Haupttrüdelführer wurden mit Gefängniß bis zum Höchstmaße von 9 Monaten bestraft und nachher begnadigt. Der Prozess wurde wegen des Vandalismus, mit dem „die treuesten Arbeiter von Europa“ bei dem Grog gemüthet, und wegen des geringen Strafmaßes mit dem bekannten Löbtauer Prozess verglichen, bei dem eine Anzahl Arbeiter bis zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, obgleich die Ausschreitungen viel milder lagen, und die Arbeiter zu diesen Ausschreitungen gereizt worden waren, was bei den treuesten Arbeitern von Europa nicht der Fall war.
Im preussischen Abgeordnetenhaus ist Mittwoch die Etatsdebatte glücklich zu Ende gegangen. Es war mehr eine Polendebatte als eine Etatsdebatte, denn der größte Theil der Sitzung wurde von Klagen der polnischen Abgeordneten und Widerwärtigen der Minister und Staatssekretäre aus dem Hause ausgefüllt. Eine Rede des konservativen Herrn von Arnim ließ es deutlich werden, daß diesmal die Junker dem Kanalprojekt freundlicher gegenüberzutreten werden. Für den Kanal trat auch der nationalliberale Abg. Schmieding ein, der im übrigen die Kohlenbauone Westfalens, die hohen Kohlenpreise und die Heranziehung polnischer Arbeiter verurtheilte. — Der Etat wurde an die Budgetkommission verwiesen.

Kolonialwissenschaft als obligatorischen Unterricht fordert Frau Bronsart von Schellendorff für „sämtliche Schulen und Lehranstalten in Deutschland“. Die Einwirkung der Kolonialgesellschaft auf Gewächere genügt nicht mehr, so sagt er in einem Artikel „Koloniale Volkserziehung“ (Koloniale Zeitschrift Nr. 25). Das Kind muß bereits gewonnen werden, denn die ersten Eindrücke sitzen immer am tiefsten. Es dürfe nicht immer dem Ermessen und Gutdünken der einzelnen Lehrer überlassen bleiben, in wie weit und in welcher Weise sie bei den Schülern das koloniale Verständnis wecken wollen, sondern es müsse ein einheitliches System hangebracht werden, welches eine gleichmäßige Ausbildung aller sichert. Treffend bemerkt dazu die Berliner „Volkstg.“: Die Idee ist vorzüglich! Nur soll man nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wenn die Lehrer Kolonialwissenschaft in mehreren Stunden wöchentlich dozieren sollen, so müssen sie, soll der Unterricht gründlich sein, die Kolonien aus eigener Anschauung kennen. Das Beste wäre daher, die Lehrerseminare in die Kolonien zu verlegen, soweit dies die Fieberfestigkeit der Zöglinge zuläßt. Bei Gymnasiallehrern müßte ein längeres Studium an einer in den Kolonien neu zu begründenden Universität verlangt werden. Sonst ist ja doch Alles nur Stückwerk.
Neue politische Nachrichten. Die polnische Fraktion hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht wegen Nichtbeförderung von Briefen mit polnischer Adresse. — Dem Reichstage ging eine Resolution von Max-Jerger und Genossen zu, die Regierungen zu ersuchen, die Subventionirung einer Zentral-Auskunftsstelle für die Fragen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes zu erwägen und die erforderlichen Mittel durch den Etat resp. Nachtragsstat für 1901 von dem Reichstage zu fordern. Ferner eine Resolution von Müller-Sagan und Genossen, den Reichstagspräsidenten zu ersuchen, baldigst geeignete Schritte zu thun, um für das Reichsgebiet und, soweit möglich, auch für die benachbarten deutschen Sprachgebiete, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz eine möglichst gleichmäßige deutsche Reichsbeschreibung zu erzielen. — Die

außerordentliche Sitzung des Bundesraths am Montag war, wie jetzt erst gemeldet wird, hauptsächlich zur Vertheilung des Gesandtenworts wegen Verlorung der Teilnehmer der ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen abgerufen worden. Der Gesandtenwort mußte indessen von der Expeditionsleitung abgelehnt werden, weil das Reichsmarineamt noch in letzter Stunde den Antrag eingebracht hatte, die auf die Versorgung von Hinterbliebenen von Beamten der Expedition bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs auch auf die Beamten der Schutztruppe in Ruwischon auszudehnen. Da die Bevollmächtigten zum Bundesrath bezüglich dieses Antrages ohne Anwesenheit ihrer Regierungen waren, mußte die Entscheidung vertagt werden. Gegen den Antrag besteht das Bedenken, daß die bestragte Erweiterung nicht auf die Schutztruppe in Ruwischon allein beschränkt bleiben könnte, sondern allen anderen Schutztruppen zu gute kommen müßte. — Die preussische Zweihundertjahrfeier die heute stattfindet, wird, wie man vermuthet, zu Gnadenbezeugungen verschiedener Art Anlaß geben. So soll in die wegen ihres Verhaltens in der Kanalarfrage in Ungnade gefallenen Kammerherren rehabilitirt werden. — Das Zentrum hat im Württembergischen Landtage die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie nicht sei, im Bundesrath für eine genügende Erhaltung der Einfuhrzölle auf Getreide und zwar besonders auf Gerste und Hafer einzutreten. — Auf der Besatzung Ludwigs in Reddinghausen sind in der ersten Baubatterie Flöh Marie Süd in der Nacht zum Donnerstag zehn Leutnants infolge einer Explosion schlagender letzter getödtet worden. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Die Leichen sind geborgen. Die königliche Bergbehörde leitete sofort eine Untersuchung eine Untersuchung ein. — Im künftigen österreichischen Abgeordnetenhaus wird auch der Bauer Fija, ein Anhänger der Stojlowisterei als Mitglied angehören. Dieser Abgeordnete wird eine schmerzhaft vertreten, welche bisher wohl noch in keinem Parlament der Welt zu finden war. Er ist nämlich Analphabet; die Kenntniß des Lesens und Schreibens ist ihm fremd. Ein würdiger Volksvertreter! — Der Streik der Glasarbeiter in Charleroi (Belgien), der mehrere Monate dauerte, wurde mit einem Siege der Arbeiter beendet. Die Arbeitgeber erkennen den Gewerksverein an. — Im Streit der Pariser Gewerkschaften mit dem gemeinderath wegen der Arbeiterbörse wird gemeldet: Vertreter der meisten Arbeitergewerkschaften hielten Mittwoch in der Arbeiterbörse eine Versammlung ab, in welcher einstimmig beschlossen wurde, keinerlei Subvention bei der nationalistischen Mehrheit des Gemeinderathes nachzusuchen. — Dem „Newport Herald“ aus Washington gemeldet, Amerika werde, wenn nöthig, unrechtmäßige Vertreibung der Newport and Bedned Company von ihren Asphaltkonzessionen in Venezuela mit Gewalt verhindern. Das nordatlantische Geschwader werde in Bereitschaft gehalten, um nach Venezuela abzugehen.

Oesterreich-Ungarn.

„Agrarier-Gier.“ Die Wiener „Volkswirtschaftliche Wochenschrift“ bringt einen Artikel, der unter obigem Titel sich mit den Zollwünschen der österreichischen Agrarier befaßt. Danach haben die neuerdings hervorgetretenen Forderungen dieser Gruppe eine frappante Ähnlichkeit mit ihren Vorbildern im Deutschen Reich. Man kommt unwillkürlich auf das Bild von den zwei Ullensbeißern, die sich gegeneinander erheben, und der Wunsch, daß sie einander aufzähren möchten, liegt den Vertragsfreunden nahe genug. 16 besondere Ansprüche sind erhoben, die wir hier garnicht erst alle aufzählen können. Jedes Land- und forstwirtschaftliche Produkt, das im Inlande erzeugt werden kann, soll eines Zolls befreit, „in vollem Umfange“ theilhaftig werden. Statt der Einheitszölle natürlich auch hier der Doppeltarif. Alle zollgeschützten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse soll der Vereinfachungsverkehr ausgeglichen werden. Die ungarischen Freiläger für Getreide und Mehl sollen aufgehoben und Zollkredite sollen nicht mehr bewilligt werden. Keine Meißelgünstigungsverträge sind zu verwerfen; nur in Tarifverträgen auf Grund des Doppelzolls kann die Meißelgünstigung eine bestehende sein. Begünstigungen im Grenzverkehr sind verbotlich. Die Grenzen sind „veterinärpolizeilich“ (!) zu sichern. Eine Schutzkonvention Mitteleuropas gegen die reinigten Staaten sei anzustreben. Selbst die Doppelzölle werden aus ihrem Schlummer herausbeschworen. Die österreichischen Agrarier haben also ihre deutschen Kollegen völlig kopirt.

Italien.

Ueber Bancarottierungen in Italien wird neuerdings berichtet, so aus den Römischen, Neapolitanischen, den Sizilianischen und Sardinischen. Die übereinstimmende Ursache der Bankrotten wird in dem Verlangen der armen Landbevölkerung nach Auftheilung des Gemeinlands gewisser Latifundien erblickt. Ernste Unruhen werden aus Eboli und Salerno gemeldet, wo das ausgebreitete Weideland der Gemeinde größtentheils an die anbauern und ländlichen Tagelöhner verpachtet ist. Die anbauern und ländlichen Tagelöhner wollen, daß man ihnen in Erbpacht gebe, und haben schon öfter lächerliche Forderungen zu diesem Zwecke veranträgt.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Lage Südafrika hat sich für die englischen Truppen wieder bedeutend verschlechtert. Das Kriegsgeschehen in der Gegend von Mafeking ist sehr lebhaft. Die englischen Truppen sind durch die Verbindungslinien nach dem Kap und nach Natal im Norden zu behalten. Es werden daher alle übrigen Theile der beiden Fronten nacheinander geräumt werden; auch die Bahnen nach Durban und nach Johannesburg sind vollständig besetzt und alle verfügbaren Truppen werden längs der Bahnhöfen nach Süden zusammengezogen, wobei Pretoria, Johannesburg, Kransburg und Blumfontein möglichst stark besetzt gehalten sollen. Sobald dann die Aufmarsch vollzogen wurde, wird die englische Armee nach Süden zu ziehen, um die Operationen gegen Dewet und die in die Kapregion eingebrachten Kommandos persönlich leiten zu können. In der Zeit würde dies einen recht beschämenden Rückzug des britischen Oberfeldherrn bedeuten.

Sinn kommt nun noch, daß inzwischen sich Dewet, der in der Gegend von Mafeking eingedrungen ist, mit der Botha vereinigt hat. Die Gesamtstärke der Botha wird auf 7000 Mann, beabsichtigt, so aus Durban gemeldet, einen gemeinsamen großen Angriff gegen die Linie Pretoria-Johannesburg zu machen. „Der Post“ meldet aus Mafeking vom 17. d.

Mis: Etwa 100 Buren zogen in Sutherland (nördlich von Kapstadt, Ned.) ein, schnitten den Telegraphendraht ab und plünderten die Läden. Die Verbindung mit der Stadt ist unterbrochen. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Kapstadt drangen die Buren auch in Ueberden ein, das 40 englische Meilen südlich von Graafreinet liegt. Angesichts solcher Ereignisse ist es begreiflich, wenn, wie gemeldet wird, die Engländer das Kriegsgesetz für alle Bezirke der Kapkolonie verhängt haben. Nach der Proklamation ist allen Bewohnern der Kaphalbinsel nur mit Ausnahme der Beamten und Militärs verboten, im Besitze von Waffen und Munition zu sein, die bis zum 1. Februar an die Behörden abgeliefert werden müssen.

Weiteren Berichten zufolge sollen die Buren auf dem Rückzuge nach einem erfolglosen Angriff auf Zuurfontein und Kaalfontein am letzten Sonntag ziemlich schwere Verluste erlitten haben. Es wird geglaubt, die Zahl betrage 60 Tode und Verwundete. Da jedoch nicht einmal eine offizielle englische Meldung über diesen angeblichen Sieg vorliegt, so dürfte es sich wohl mehr um werthlosen Käuflichkeit handeln.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 16. Januar: 3000 Buren sind, wie gemeldet wird, bei Carolina vereinigt. Colville's mobile Kolonne hatte in der Nähe von Bantonder's Hoek ein Gefecht mit den Buren, die mit schweren Verlusten zurückgetrieben wurden. 300 Buren zogen gestern in Ueberden ein, südwestlich von Graafreinet, ein und plünderten die Läden. 100 Mann Infanterie und einige berittene Leute trafen Nachmittags ein. Als die Buren derselben ansichtig wurden, gingen sie zurück. — Danach scheinen die Buren die oben nach der „Daily Mail“ gemeldete Besetzung von Ueberden wieder aufgegeben zu haben, nachdem sie ihren Zweck völlig erreicht hatten.

Aus Standerton meldet „Reuters Bureau“: Wilhelm Steijn, als Delegirter der friedliebenden Buren von hier und der Umgegend abgefaßt, seine im Felde stehenden Landleute zur Uebergabe zu bewegen, ist als Gefangener von diesen nach Pieteritz gebracht worden und wird des Hochverraths angeklagt werden.

Ueber ein Unglück, das der englischen Marine zugefallen ist, meldet Reuters: Die Admiralität erhielt ein Telegramm, welches meldet, daß das Kanonenboot „Sphille“, welches Blaujacks landen wollte, um den Buren den Weg zu verlegen, bei Steinbofontein in der Nähe der Lambertsbai strandete; Hälfte ist abgefaßt worden. Das amtliche Telegramm spricht nicht von einem Scheitern des Schiffes.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 18. Januar 1901.

Wie steht's in Lübeck um den Nachbarnladenschluß?

Was kleine Gemeinden können. Die Gemeinde Trittau hat auf Anregung des dortigen Arztes beschlossen, das zu Heilzwecken erforderliche Eis fortan unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. — Bei uns in Lübeck dagegen geht man damit um, den Kostgeldtarif des Krankenhauses zu erhöhen und welcher Musikliebhaber Nothstand durch eine milde Gabe zu lindern.

Hurray! Wie officiös mitgetheilt wird, hat der Senat beschlossen, von dem ihm nach dem Reichsmünzgesetz zustehenden Münzrecht Gebrauch zu machen und zunächst Zehnmarkstücke und Zweimarkstücke mit dem Hoheitszeichen der freien und Hansestadt Lübeck schlagen zu lassen. Die neuen Münzen werden also auf der Aversseite das Lübeckische Wappen mit der Umschrift „Freie und Hansestadt Lübeck“, auf der Reversseite den Reichsadler tragen. Der Zeitpunkt der Neuprägung ist insofern bedeutungsvoll, als die letzte Prägung Lübeckischer Münzen im Jahre 1801, also genau vor einem Jahrhundert, stattgefunden hat. Die Prägung selbst wird demnächst in der Berliner Münzstätte (A) erfolgen. Der Zeitpunkt der Ausgäbe steht noch nicht fest.

„Absolute Wurschtigkeit.“ Wie diesem asflügelsten Worte kennzeichnet der „Hans. Corr.“ recht glücklich die Stimmung, in welcher sich die bürgerlichen Parteien gegenüber den sozialpolitischen, also den das arbeitende Volk, die Stütze des Staatswesens auf's tiefste bewegenden Fragen befinden. „Absolute Wurschtigkeit“ beherrscht offenbar auch die lübeckischen Volksvertreter gegenüber dem Verlangen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, daß dieses Mal dem Musikverein nicht wieder eine Subvention zugeschanzt werde. Sie haben die öffentliche Meinung hauptsächlich beiseite geschoben. Auch der Bürgerrechtverein ist ohne Zweifel müde geworden. Er rührt sich nicht, obwohl er öffentlich aufgefordert wurde, Stellung gegen die Vorlage zu nehmen. Das kennzeichnet so recht die erbarmungswürdige Halbheit dieses von politischen Nullen seit jeher auf das klüglichsie mitleitenden Vereines. Mit unverkennbarem Hohne und, was noch weit empfindlicher berühren muß, mit vollem Rechte schreibt deshalb auch der hiesige Mitarbeiter des oben genannten Blattes: „Der Verein hat ja schon des öfteren Stellung genommen zu Vorlagen, die ihm zu theuer erschienen; daß ihm aber auch diese Musikvorlage zu theuer erschienen sollte, ist nicht gut anzunehmen. Man wird auch in diesen Kreisen einsehen, daß unser Musikleben durch den Musikverein ein gut Stück vorwärts gekommen ist.“ Gewiß — das billige Musikleben der haute volée ist ein gutes Stück vorwärts gekommen, und wenn das die Höhen des kurznamigen Vereines nur einsehen und gutheißen, wird man ihnen schon einige Dummheiten verzeihen und im kommenden Juni bei den Bürgerchaftswahlen den Einen oder Andern von ihnen mit in's Parlament schleifen, wo er dann vom Großen sich unterscheiden wird, wie — ein Ei vom andern. „Absolute Wurschtigkeit“, wohin man blickt im Bürgerthum. Der obenzitierte Berichterstatter wird deshalb wohl Recht behalten mit seiner Prophezeiung: „Unsere Bürgerchaft wird in dieser Angelegenheit noch zu beschließen haben; wird auch die eine oder andere Summe sich gegen die Vorlage erheben, eine Ablehnung wird sie nicht erfahren, im Gegentheil, es wird sich eine große Majorität finden.“ — Das heißt eben auch wir. Sei's drum! Aber diese unsoziale „Wurschtigkeit“ wird uns wieder Wasser auf die Mühle liefern, wird uns die Sympathie der Laufenden festigen, deren Wünsche man als Lust behandelt. Es

macht auf uns wahrlich oft den Eindruck, als sei in jenen Kreisen eine hohe Prämie gesetzt auf das beste Mittel, der Sozialdemokratie die Anhänger schaarweise zuzutreiben. Läge uns lediglich daran, zu agitieren, wir könnten nicht klüger handeln, als indem wir die Musikfrage ruhig gewähren lassen. Wenn wir gleichwohl wieder Protest erheben gegen das Vorhaben derselben, so erfüllen wir unsere Pflicht als Staatsbürger gegenüber einer offenkundigen Verletzung des Wohlstandes der Gesamtheit.

Die Monopolisirung des Milchhandels scheint für Lübeck bevorzustehen. Die Genossenschaftsmilchmeierei, welche sich mit Rücksicht auf die zu erwartende Konkurrenz der Hansameierei kostspielige neuere Einrichtungen zugelegt hat, scheint nun einer Fusion mit dem neuen Unternehmen nicht abgeneigt zu sein. Die Aussicht auf einen Konkurrenzkampf gegen die mit einem Patente ausgerüstete Hansameierei scheint ausschlaggebend gewesen zu sein. Nach der „Eisenbahn-Ztg.“ soll zwar der Beschluß der Generalversammlung der Genossenschaftsmilchmeierei noch ausstehen, doch wird in unterrichteten Kreisen nicht daran gezweifelt, daß diese für die Verschmelzung sein wird.

Gegen die Musikvorlage macht heute, wie wir zu konstatieren uns verpflichtet halten, der „General-Anzeiger“ Front. Er kommt zwar spät, doch er kommt. Das Amtblatt bläht dagegen selbstverständlich pflichtgemäß mit vollen Backen in das Bewilligungshorn.

Zu Barbiergewerbe steht, wie bereits bekannt, eine nur gutzuheißende Regelung in hygienischer Beziehung durch das Medizinalamt bevor. Daß durch dieselbe eine nicht unbedeutende Belastung der selbstständigen Barbier hervorgeht, dürfte auch dem Publikum allgemein einleuchten, weshalb dieses sich auch zweifelsohne eine kleine Erhöhung der Preise stillschweigend gefallen lassen wird, vorausgesetzt, daß durch dieselbe auch die Barbiergehülfe eine angemessene Erhöhung ihrer zum Theil sehr niedrigen Löhne erzielen werden. Ist dieses der Fall, dann werden die Barbier auch die Anerkennung der Arbeiterkundschaft sich erwerben. Wir werden die Sache im Auge behalten und zu gegebener Zeit weiter darüber berichten.

Ueber den Birnenrost wurden in der letzten Versammlung des Gartenbauvereins folgende allgemein interessirende Mittheilungen gemacht: „Besonders häufig ist in unserer Gegend auf den meisten Birnbäumen der Birnenrost zu finden, und seine Bekämpfung ist von größter Wichtigkeit. Man erkennt diese Pflanzenkrankheit leicht an den rostbraunen Flecken auf den Birnblättern. Solche Blätter müßten abgepflückt und verbrannt werden. Kommen sie auf den Komposthaufen, so vegetiren die Sporen des Pilzes weiter und pflanzen sich im kommenden Jahre wieder fort. Das radikalste Mittel, sich des Birnenrostes zu entledigen, wäre die Entfernung aller Juniperuspflanzen (Wacholder) in der ganzen Umgegend, denn hier ist der Pilz in dem ersten Jahre, während er im nächsten auf den Birnblättern wuchert; er pflanzt sich nämlich abwechselnd von einer zur andern Pflanze fort. Auf unserem allgemeinen Gottesacker sind alle Juniperus mit dieser Krankheit, die man auch Gitterrost nennt, befallen und werden nach und nach alle befallen werden müssen.“

Lufaslicht erhalten wir vielleicht nächstens in Lübeck. Lufaslicht wird durch Preßgas in Bunsenbrennern erzeugt, ist ein überaus intensives, das Vogenlicht weit übertreffendes Licht, welches sich aber nur etwa halb so theuer stellt wie dieses. Angeblich erleuchtet es die Straßen taghell.

Der vierte Theilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge zur Stadtwasserfunktion für 1900/1901 ist für die Grundstücke in den Vorstädten in der Zeit vom 16. bis 31. Januar d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Calcium-Carbid. Das Polizeiamt hat eine Verordnung erlassen betr. die Lagerung von Calcium-Carbid und seine Beförderung auf dem Wasserwege.

Das Muster eines Parlamentsberichts liefert die von Herrn Alwart redigirte, gedruckte und verlegte „Möllner Zeitung“. Ueber die Montagssitzung, in welcher u. A. die Genossen Hoch und Horn sprachen, weiß sie Folgendes zu melden: „Der Reichstag setzte am Montag die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern fort, an welcher die Abg. H. (Ctr.), Hoch (Soz.), Müller (fr. Vp.) und Abg. Kölsch-Kaiserlautern (Bund d. Landw.) sich beteiligten. Abg. Hoch wurde, wegen der Bemerkung, daß die Arbeiter von oben herab unterdrückt würden, vom Vizepräsidenten Büßing zur Ordnung gerufen. Staatssekretär Graf Posadowsky teilte mit, daß hinsichtlich der Bäckerei-Verhältnisse eine gesundheitliche Nachuntersuchung geplant sei.“ Ähnlich treffliche Leistungen findet man auch im „Anzeiger f. d. Fürstenthum Lübeck“. Und solche Bische werden theilweise noch von Arbeitern bezahlt und gelesen. Dabei kostet die zweimal wöchentlich erscheinende „Möllner Ztg.“ in der Stadt Mölln pro Vierteljahr 1,65 Mk! Haben die Arbeiter Möllns, welche dieses Sündengeld noch bezahlen, nicht wirklich noch so eine Art Brett vor dem Kopf?

* Kleine amtliche Nachrichten. In das Handelsregister ist am 16. d. Mts. eingetragen bei den Firmen „Johs. Wilden“ und „D. Ohlson“. Die Firma ist erloschen; die Firma: „Wilden u. Ahlers“, Lübeck. Inhaber: J. H. F. P. Wilden, D. G. Th. W. Ahlers, Kaufmann in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1901 begonnen; in das Handelsregister zu Mölln am 11. d. Mts. bei der Firma Burmesters Erbschaft, Mölln, daß die Firma auf den Erbschaftsbesitzer Conrad Burmester in Mölln übergegangen ist. In Mölln hat am 2. Februar eine Stadtrathswahl statt.

infinden. Präsentiert sind der bisherige Stadtrath H. oeltich, Dr. med. Kettel und Kaufmann Adanpage. Die Wählerlisten liegen bis Sonnabend an aus.

Ein unbedeutendes Schadenfeuer entstand laut Polizeibericht Mittwoch Nachmittag in der Küche des dritten Stocks Holstenstraße 17 infolge Inbrandgerathens Kochender Flocken.

y. Schwartzau. Eine öffentliche Versammlung, einberufen von den Nationalsozialen und außerordentlich stark besucht, tagte am Montag Abend im „Hotel Germania“. Regierungsausschuss a. D. von Gerlach sprach über „Die gegenwärtige politische Lage und die Nationalsozialen“. Während er in sachgemäßer Weise ganz entschieden die Verdüsterung durch die Getreidezölle bekämpfte, erklärte er sich andererseits für die Bewilligung von Mitteln für Heer und Marine. Er vertrat den mehr als sonderbaren Standpunkt, man müsse im Parlament nicht, wie (angeblich, D. R.) die Sozialdemokraten, alle Anträge der Regierung ablehnen, sondern denselben Zugeständnisse machen, um damit zu gelegener Zeit Kuhhandel treiben zu können. Es müsse der Zustand eintreten, daß die Linke des Reichstags der Regierung Alles bewillige, während die Rechte die Kosten zahle, indem eine progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer eingeführt werde u. s. w. — In der Diskussion ergriff der Genosse Vos das Wort und wies dem Redner schlagend nach, daß durch eine derartige Bewilligungspolitik eine linksstehende Partei ihrem sicheren Untergange geweiht werde, wofür der gegenwärtige Zustand der nationalliberalen und freisinnigen Parteien zeuge, während die Sozialdemokratie durch ihre Konsequenz die stärkste Partei Deutschlands geworden sei. Diese Ausführungen riefen in der Versammlung stürmischen Beifall hervor. — Zum Schluß wurde von dem Einberufer Herrn Kuhlmann-Hamburg, der früher Sozialdemokrat gewesen sein will, jetzt aber die nationalsoziale Fohne schwingt, eine Resolution eingebracht, die gegen die Erhöhung der Kornzölle protestirt. Genosse Vos stellte einen Zusatzantrag, worin gleichzeitig gegen die Bewilligung von Mitteln für Heer und Marine Protest erhoben wird. Zwar pochte dies den Herren Nationalsozialen nicht recht, die Versammlung nahm jedoch den Zusatzantrag einstimmig an. Wenn die Versammlung genügt hat, liegt auf der Hand. — Am. d. Red.: Herr Sekretär Kuhlmann mag sich früher einmal eingerebet haben. Sozialdemokrat zu sein, gewesen ist er nie einer. Dafür bürgen seine mehr als verworrenen Anschauungen, die den Wunsch berechtigt erscheinen lassen, daß er auch in Zukunft unserer Partei fernbleiben möge. In der Redensart „Auch ich war früher einmal Sozi“ liegt ein hartes Stück politischer Kofetterie, die allerdings auch ein Zeichen politischer Unreife ist.

Am Montag, den 28. Januar, 10 Uhr, bei Peters in Hamwarde aus den Forstorten Krulauer Zwicklag und Feenberg: 251 Stk. Fichten-Stämme 3.—5. Kl. = 157,06 Fm., 51 Stk. Kiefern-Stämme 4.—5. Kl. = 20,74 Fm., 40 Stk. Lärchen- und Fichten-Stangen 1. Kl., 100 Stk. Fichten-Stangen 4. Kl., 60 Km. Kiefern-Brenn-Hoben (ungepalten) 2. Kl., 100 Km. Kiefern-Brenn-Hoben 2. Kl., 80 Km. Kiefern-Brenn-Hoben 2. Kl., 191 Hf. je 8 Km. Nadelholz-Meiserholz 3. und 4. Kl., 368 Km. Nadelholz-Stockholz 1. Kl.; am Montag, den 4. Februar, und Dienstag, den 5. Februar, Vorm. 11 Uhr, bei E. Jansen in St. Georgsberg aus den Forstorten Dunkelstieg, Schmilauer Lannen, Wensbühlengrund, Schmilauer Lannen und Schmilauer Moor 93 Km. Buchen-Brenn-Hoben 1. Kl., 440 Km. Buchen-Brenn-Hoben 2. Kl., 65 Km. Buchen-Brenn-Hoben 2. Kl., 2 Km. Eichen-Nußknüppel 1. Kl., Nüsse, 2 Km. Eichen-Brennknüppel 2. Kl., 10 Km. Nadelholz-Brennknüppel 1. Kl., ungepalten, 97 Km. Nadelholz-Brennknüppel, 2. Kl., 98 Km. Nadelholz-Brennknüppel, 2. Kl., 90 Hf. je 8 Km. Buchen-Abfallreisig, 32 Hf. je 8 Km. Buchen-Durchforstungsreisig, 25 Hf. je 8 Km. Eichen-Durchforstungsreisig, 16 Hf. je 8 Km. Birken-Heißig, 7 Hf. je 8 Km. Weichholz-Heißig, 11 Hf. je 8 Km. Nadelholz-Papierreisig, 70 Hf. je 8 Km. Nadelholz-Abfall- und Durchforstungsreisig, 15 Stk. Fichten-Stangen 3 Kl., 100 Stk. Fichten-Stangen 4 Kl.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Wilhelmsh. burg verübte die 22jährige Bremerhau Meyer Selbstmord, indem sie sich ans der dritten Etage stürzte. — Am Graumannsweg in Hamburg wurde die 13jährige Elsa Bod von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt. Am Neuen Pferdemarkt erlitt infolge Kollision zweier Straßenbahnwagen ein Viehhändler aus Lübeck erhebliche Verletzungen im Rücken. — Das Kriegsgericht der Marine-Inspektion zu Kiel verurtheilte die Marinematrosen Makowski aus Neufahrwasser, Hinz aus Greifswald und Filtzer aus Bredow wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange gegenüber dem Kameraden Sänger des Schiffs „Ulan“ zu 5, 4 und 3 Jahren Zuchthaus und zur Entziehung aus der Marine. — In Flau wurde beim Holzfahren für ein Sägewerk ein Arbeiter durch einen Baumstamm schwer verletzt. — Bei Kröpelin gerieth der Fuhrmann Mahler beim Holzfahren unter sein eigenes Fuhrwerk und erlitt einen schweren Schenkelbruch. — In Waren erlitt der Chemiker der Zuderfabrik infolge Explosion eines Spiritusgefäßes schwere Brandwunden.

Bremen. Die Bürgerschaft nahm in ihrer letzten Sitzung folgenden Antrag an: „Der Senat möge der Bürgerschaft demnächst eine Vorlage zugehen lassen, welche die Errichtung einer Kleinhandelskammer anstrebe.“ Ferner einen Antrag, die Ferien für Volk- und höhere Schulen gleichmäßig zu gestalten, mit den Amendements „in den dunkler Wintermonaten die Kinder nicht so früh zur Schule gehen zu lassen“ und „es mögen während der Ferien Ausflüge der Volksschüler unter Aufsicht der Lehrer veranstaltet werden.“

Lübecker Stadttheater.

L. „Das Glück im Winkel“, Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann. Mag man noch so viel an der inneren Wahrheit der von Sudermann gezeichneten Charaktere zweifeln, eines muß man ihm lassen: zu interessieren für dieselben, weiß er stets. Die Vorgänge seines Schaffens, die ganz besonders in „Heimath“ ins Auge bringen, mangeln seinen Stücken nie vollständig: die lebendigen Farben, mit denen er seine Helden zeichnet. Auch das „Glück im Winkel“ wirkt auf die Nerven. Die große Szene des zweiten Aktes zwischen Adänis und Elisabeth erschüttert und ruft bei manchem Zuschauer eine gelinde „Wänlehaut“ hervor. Großartig dramatisch ist auch die Schlussszene zwischen den beiden Helden Adänis und Elisabeth. Die Vorstellung, welche am Mittwoch hier stattfand, war theilweise recht befriedigend. Herr Ludwig, der den offenkundigen Juxter von Adänis darzustellen hatte, ließ demselben keine prächtige Erscheinung, und führte dessen sinnlichen, dabei bis zur Brutalität rücksichtslosen Charakter mit großer Konsequenz und Wirksamkeit durch. Auf derselben Höhe stand Fräulein Gabrieli als Elisabeth Wiedemann, das Ziel des Begehrens des Adänis von Adänis. Mit vornehmer Zurückhaltung, und dabei doch in geeigneten Momenten mit Leidenschaft, gab sie die Rektorsfrau. Weniger konnte uns der Rektor Wiedemann des Herrn Sartory gefallen, dem vor allem die Natürlichkeit fehlte, ohne welche der gutmüthige Buhague schließlich nicht glücklich ist. Die Frau v. Adänis, dargestellt von Fräulein Stetten, hatte noch nicht die nötige Sicherheit; auch war die Dame noch sehr abhängig vom Souffleur. Die Besucher konnten sich des eminenten Einbruchs, welchen das Stück mochte, nicht entziehen, und zeichneten namentlich die beiden Hauptdarsteller durch lebhaften Beifall aus.

In Ambrosio Thomas' berühmter Oper „Mignon“ wurde Donnerstag die Titelrolle von Madame Thea Dorre von der Royal-Oper in London gesungen. In Lübeck war diese internationale Sängerin bisher noch gänzlich unbekannt. Doch wollen wir gleich im voraus bemerken, daß sie bereits im ersten Akte die Schwadst gewonnen, die zugewandtesten Lübecker für sich eingenommen hatte. Es ist ein eigenartig schmerzvoll wehmüthiger Dukt, der sich um die Mignonstalt, wie sie Goethe geschaffen, breitet. Und der Pariser Komponist hat seine Töne unmittelbar aus dem wehenden Dukt dieser schmerzvollen Wehmüth heraus. Thea Dorre aber verstand den Dichter und den Komponisten und verführte mit ihrer Kunst, was jene schüchtern scheiden und edel ist das Auftreten der Künstlerin, in keiner Sekunde getrübt vom lästigen Haichen nach Effekten. Das Mitleid, das sie im Busen Wilhelm Meisters erweckt, weckt sie auch wirklich in den Herzen der nichtkämpferischen Hörer. Madame Dorres Mezzosopran eignet sich dazu vorzüglich für die Mignonrolle. Die bittere Klage der Heimathlosen tönte so wahr, so natürlich, daß jeder, obwohl die Künstlerin italienisch sang, fühlen mußte, wie dieses arme Wesen duldet unter einem ihm selbst nicht klar bewußten Geschick. Sanft sind die Bewegungen der Künstlerin, kaum ist eine Geste zu beobachten, die für diese Rolle nicht ihre Berechtigung fände. Ein kleines Meiststück in dieser Hinsicht war besonders die große Solofcene in Philipens Zimmer. Doch genug von ihr. Das leider nur wenig zahlreich erschienene Publikum tarnte nicht mit dem Beifall und ließ deutlich genug durchblicken, wie lieb es ihm wäre, die Künstlerin auch noch in einer anderen Rolle zu sehen. Unsere heimischen Künstler trugen im Spiel und Gesang alles dazu bei, den Abend zu einer künstlerisch auf hoher Stufe stehenden Gabe zu verhehlen. Besonders seien Hanna Lorenz als Philine und Albert Sontouff als Wilhelm Meister rühmlich genannt.

Alle Winterschuhwaaren um zu räumen mit 10% Rabatt. Hugo Haendler, Breitestraße 95.

+
Mittwoch Abend 10 Uhr entlichst sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, der **Wirth Wilh. Kruse** im Alter von 38 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt Herzens an **Annette Kruse**, geb. Baer, nebst Familie. Die Beerdigung findet am Montag den 21. Januar, Morgens 11 Uhr, von der Kirchhofstraße aus statt. Beginn der Trauerfeier 10 1/2 Uhr.

J. Schlichting, Inh.: W. Rahfoth, Untertrave 113
Billige Bezugsquelle bei garantiert besten Qualitäten von
Rum, Cognac u. S. W.

12. große Vogel-Ausstellung, Johannisstr. 25,
Sonnabend den 19., Sonntag den 20., Montag den 21. Januar.
Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.


Frish geräucherte hies. Bündlinge u. echte Sprotten, Fleckheringe, Lachsheringe und frish geräucherte Aale.
Anton Knaack
Dornestr. 17, Ecke der Meierstr. Telefon 1106.

Carl Freitag
Heise Nachflg.
33 • Fischegrube • 33
empfiehlt sein
Schuhwaaren-Lager.
Reparaturen prompt und billig.
Frishes Kopffleisch
und **Brodwurst**
auch **Bratenschmalz**
à Pfd. 40 Pf.
empfiehlt **Aug. Scheere**
Thüringer Wurstfabrik.

Schweinefleisch 60 Pf., gel Mettwurst 70 Pf., Leberwurst u. ger. Leberwurst 70 Pf., Br. Wurst und Rothwurst 50 Pf., bestes Schmalz 70 Pf., Bratenschmalz 40 Pf., Speiselöl 40 Pf., frishes Kopffleisch 30 Pf., Rühener (gel. und ger.) 40 Pf., täglich fr. Schwarzjauer, Brodwurst à 10 Pf. Jeden Sonnabend 5 Uhr warme Knackwurst, ff. Aufschnitt.

M. Lahrtz, Böttcherstraße.
General-Versammlung
der **Kranken- u. Sterbefälle Zidelitas**
E. S. Nr. 19
am Montag den 21. Januar
Abends 9 Uhr
in den Centralhallen (W. Borgwardt).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von dem verflohenen Halbjahr.
2. Jahres-Abrechnung.
3. Vorstandswahl laut § 17.
4. Anträge und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

General-Versammlung
der **Kranken- u. Sterbefälle Amicitia**
(E. S. 18)
am Sonnabend den 19. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Sonnabend den 19. Januar.
109. Vorstellung. 25. Vorstell. außer Abonnem.
Schüler- und Volksvorstellung
bei kleinen Opernpreisen.
Czar und Zimmermann.
Sonntag den 20. Januar.
(110.) 85. Abonn.-Vorst. 15. Sonntag-Abonn.
Reinheit. Zum 1. Male. Reinheit.
Flachsmann als Erzieher.
Nachmittags 4 Uhr: Fremden-Vorstellung.
Die Zauberflöte.

Zum 1. April 2 Wohnungen zu verm.
à 160 RM. Wallstraße 79.
Geht zum 1. Februar d. J. 1. richtiges
Mädchen für alle häuslichen Arbeiten
Sandstraße 5, 1. Et.
In verlaßener mehrere fähig gut verzinsende
häuser, auch mit Garten. Anzahlung sehr
gering. Näheres
Georgstraße 25 1. Et.

Holzschuhe
sind wieder in allen Größen vorräthig.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.
Am Sonntag den 20. Januar, Morgens
11 Uhr, sollen 50 kleine Nadelbäume
Erbsenbusch, Bohnenstangen
in physisch verkauft werden
Rathhofstraße 14.

Für den Winterbedarf
Brennholz, Bohlenenden.
Th. Kruse, Untertrave 61.

Leere Farbetonnen
sind abzugeben
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.
Gute Cigarren
100 Stück 2,90 RM.
Mittlere Johannisstraße 17-19.
Prima Kaffeebohnen, per Pfd. 45 Pf.
Prima Arabica, per Pfd. 50 Pf.
Prima Kaffeebohnen, per Pfd. 40 Pf.
D. Kaben, Lehndammstraße 67.

Empfehle:
Pa. fett. Fleisch, schöne Bratenstücke, täglich frish. Behacktes
u. Scheibenbeefsteak, Rauhfleisch u. verschiedene
Wurstsorten. Sonnabend von 5 Uhr an:
Warme Knackwurst.
Johs. Fischer
Engelswisch 52,
dicht bei der Drehbrücke.


Pa. junges Fleisch
sowie
schöne Bratenstücke
extra-hit
Hermann Dose, Hundestr. 2.
Schöne Pflanzen, Pfd. 12 Pf.
W. Willhöft, Warendorferstr. 2.

Sozialdemokratische Taktik.

esp. Als bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation wegen der 12 000 Mk.-Geschichte im Reichstage Graf v. Bülow erklärte, Graf v. Posadowsky werde nach wie vor Staatssekretär des Innern bleiben, da er die „gut“ gefinnten Blätter, die sozialdemokratische Aktion wäre völlig gescheitert, die Sozialdemokraten hätte eine schlimme Niederlage ertitten. Uns konnte dieses Frohlocken unserer Gegner völlig kalt lassen. Was fragen wir nach den einzelnen Personen? Ob Posadowsky oder ein anderer die Sozialpolitik des deutschen Reiches „leitet“, das kann uns ganz gleichgültig sein. Das System der Ausbeutung und Bedrückung der Arbeiter bleibt doch dasselbe und nur dieses verderbliche System bekämpfen wir.

Jedoch daran wollten die Gegner nicht glauben. Sie, die freilich oft genug ihre Ränke spinnen, um gut bezahlte Posten zu erhaschen oder ihre Helfershelfer in möglichst wichtige Ämter zu bringen, sie schlossen von sich auf uns, oder stellten sich wenigstens so und wiederholten bei jeder Gelegenheit: die Sozialdemokraten wollen den Grafen Posadowsky stürzen und das gelingt ihnen nicht.

Bereits wenige Tage später, bei der ersten Lesung des Etats, zeigten wir aber, daß durch unsere angelegliche Niederlage die 12 000 Mk.-Affaire durchaus nicht erledigt ist. Unser Redner ging auf diese Sache von Neuem ein und gab der Entrüstung des arbeitenden Volkes über das Verhalten der sogenannten unparteiischen Regierung zu dem Verbände der schlimmsten Ausbeuter gebührenden Ausdruck. Die Folge war, daß endlich Graf v. Posadowsky selbst zu seiner Rechtfertigung das Wort ergriff und dabei, in auffallendem Widerspruch mit dem Reichsanwalt, seine Handlungsweise in dieser Geschichte als ganz tadellos pries. Aber auch hierauf blieb Graf v. Posadowsky in seinem Amt; und wieder fanden sich Leute, die aufs Bestimmteste die Geschichte von einer neuen Niederlage der Sozialdemokraten weiter erzählten.

Was werden diese klugen jetzt sagen, nun sie sich überzeugen müssen, daß die Sozialdemokraten noch immer nicht von der 12 000 Mark-Geschichte ablassen, sondern wiederum die erste passende Gelegenheit benutzt haben, um die Arbeiter mit der 12 000 Geschichte „anzuhängen“? Wird unseren Gegnern heute endlich ein Licht darüber aufgehen, daß es uns tatsächlich nicht um Ministerstürzerei handelt, daß wir vielmehr ein ganz anderes Ziel vor Augen haben?

Nun, was diese Leute von uns denken, macht uns keine Sorge. Wir befolgen nur in unserem ausdauernden Kampfe die alte sozialdemokratische Taktik, die sich bisher aufs Beste bewährt hat. Einen Augenblickserfolg haben wir nie erstrebt. Wir wissen, daß wir einzig und allein durch unaufhörliche Agitation und Organisation der Arbeiter etwas erreichen können, und daß wir auf diesem Wege nur Schritt für Schritt vorwärts kommen. Dieser Erfolg ist uns aber gewiß.

Der Herr Minister mag sich noch so erhaben über der Kritik der Arbeiter fühlen, er mag seine Stellung für noch so sicher halten, er mag unsere Angriffe gegen ihn noch so stolz von sich weisen: je mehr unsere Agitation in die Reihen der Arbeiter dringt, je heller hier die Erkenntnis von der wahren Bedeutung der 12 000 Mark-Geschichte und damit die Entrüstung über eine solche Wirtschaft aufsteht, je gewaltiger die Organisation der Arbeiter anwächst, desto mehr schwindet nicht nur den einzelnen Personen, sondern dem ganzen System der Boden unter den Füßen, desto gefährlicher wird die sozialdemokratische Kritik, desto mehr muß die herrschende Klasse uns weichen.

So ist es noch in jeder Frage gekommen.

Das klassische Beispiel, bei dem diese Momente am klarsten in die Erscheinung treten, ist der gesetzliche Arbeiter-

schutz. Auf welchen, scheinbar übermächtigen Widerspruch stehen und stoßen die Arbeiterforderungen auf Schutz gegen die Allgewalt des Kapitals! Und doch ist die Arbeit der Arbeiter auch in dieser Beziehung nicht erfolglos geblieben; es geht weiter trotz alledem. Nicht anders wird es mit dem System werden, aus dem die 12 000 Mark-Geschichte herausgewachsen ist. Das enge Band zwischen der Regierung und den Verbänden der Ausbeuter muß und wird durch die Macht der Arbeiterbewegung doch schließlich gelockert werden; die Regierung wird sich über kurz und lang genötigt sehen, nicht allein auf die Großkapitalisten zu hören, sondern auch mit dem Willen der Arbeiter auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen.

Freilich hängt das Tempo, in dem wir uns diesem Ziele nähern, wie stets von dem Eifer und der Thätigkeit unserer Genossen ab. Auf die bürgerlichen Kreise ist gar kein Verlaß. Sie haben zwar mehr oder weniger schöne Worte über den „bedauerlichen Mißgriff“, aber von der Erstarkung der Arbeiterbewegung, um solche Mißgriffe unmöglich zu machen, wollen sie nichts wissen. Das ist auch ganz begreiflich. Je mächtiger die Sozialdemokratie wird, desto mehr werden die gierigen Profitjäger an die Seite geschoben. Deshalb denken die bürgerlichen Parteien auch gar nicht daran, unsern Kampf gegen das 12 000 Mark-System auf die Dauer mitzumachen; im Gegentheil weichen sie immer weiter von uns ab.

Die Konservativen, welche in dem Grafen von Posadowsky einen eifrigen Förderer der Lebensmittelvertheuerung durch höhere Schutzzölle sehen, haben von Anfang den Entschluß gefaßt, weil die unstillen Sozialdemokraten mit der 12 000 Mark-Geschichte „nur“ Agitation treiben wollen. Herr Roscoe (Dessau), einer von den Herren, die ganz besonders ihre liberale „Arbeiterfreundlichkeit“ zur Schau tragen, machte am Sonnabend den Konservativen ihre „moralische“ Entdeckung nach und wandte sich mit noch größerer Entrüstung gegen die sozialdemokratische Agitation. Und das Zentrum hat sich am Montag als Dritter diesem edlen Bunde beigefügt. Alle diese Parteien werden sich noch mehr als bisher bemühen, die Arbeiter über die wahre Bedeutung der von uns so heftig bekämpften Wirtschaft zu täuschen.

Unsere Vertreter im Reichstage sind dem, wie es sich im Interesse der Arbeiter gehört, entgegnetreten. Nun gilt es aber die Wahrheit hinauszutragen bis in die abgelegensten Fabriken, bis in die kleinste Werkstätte, bis zu dem letzten Arbeiter. Das ist die sozialdemokratische Taktik, danach haben wir bisher gearbeitet, danach laßt uns auch in diesem Falle wirken.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Verband deutscher Lederhandschuhfabrikanten hat 317 halberständler Handschuharbeiter, die von den Unternehmern ausgesperrt sind, auf die schwarze Liste gesetzt. — Die „Voss. Ztg.“ meldet: In den Naphthagruben der galizischen Kreditbank in Boryslaw brach ein Ansturm aus.

Der nationalsoziale Farrer Naumann wollte im Laufe dieser Woche im Ruhrrevier in drei Versammlungen sprechen und hat schon angekündigt, daß er unseren Abgeordneten im Landtage und Reichstage wegen ihrer politischen Haltung den Text lesen werde, dieselben sollten auch zu den Versammlungen eingeladen werden. Die Versammlungen für Bochum, Schalke und Gelsenkirchen sind aber jedenfalls durch Einschüchterung der Wirthe, die einer nach dem anderen ihre zugehörigen Lokale zurückzogen, vereitelt worden.

Friedrich Siebenmann, ein bekannter schweizerischer Genosse ist am 8. Januar in Bern gestorben. Siebenmann war internationaler Sekretär der Buchdrucker und namentlich als Organisator sehr thätig. 1886 wurde er in den Stadtrath von Bern berufen, dem er bis zu seinem

Zustand eingewirkt, daß er auf mehrere Tage ins Gefängnislazareth gebracht werden mußte. Als er wieder einigermaßen hergestellt war, hatte er sich in seinem Wesen mehr noch als zuvor verwandelt. Er war noch flüchtiger, verschlossener und trotziger geworden und die Folgen seiner seelischen Leiden prägten sich unauslöschbar in seinem Antlitz aus.

Es unterlag für ihn keinem Zweifel, daß die Kunde von seiner Gefangennahme das Ende seiner Mutter jäh herbeigeführt und daß er das Opfer der Rache- und Verfolgungssucht seiner verbissensten Feinde geworden war, denen die unglückseligen, vom Spiel des Zufalls diktierten Umstände sehr zu Statten kamen, die die Annahme, daß er der Mörder des Femden sein könne, wohl gerechtfertigt erscheinen ließen.

Als er nun die Landstraße verließ und in die langgestreckte Hauptgasse des Dorfes einbiegen wollte, begegnete ihm eine wohlbekannte Bäuerin, die bei seinem Anblick entschickt zusammenfuhr und schon einen weiten Bogen um ihn beschrieb. Dies war der erste Empfang, wie er ihn vermuthet. Er lachte bitter auf und ging weiter.

Da schlugen ihm die hellen Töne des Kirchenglockens entgegen und gleich darauf hörte er schmetternde Musik aus dem Innern des Dorfes. Nun kam er um die Biegung des Weges und konnte die Straße frei überschauen. In der Ferne, vor dem Bürgermeisterhause erblickte er eine große Menschenmenge auf und ab wogen.

Wie gebannt blieb er einen Augenblick stehen und seine Augen irrten sinnend und suchend umher.

Als wollte er etwas längst Vergessenes wachrufen, eine Erinnerung festhalten, so griff er mit der Rechten an seine Stirn.

Eine fürchtbare Ahnung bemächtigte sich seiner. Da legte sich eine Hand auf seine Schulter.

„Anton, Du hier? Willkommen, herzlich willkommen

Tode, zuletzt als Mitglied des Büreaus, angehörte. 1890 wählte ihn die Untere Gemeinde Bern in den Großen Rath, die ihn auch im Jahre 1898 mit großer Stimmenzahl wieder zu ihrem Vertreter erlor. 1893 und 1896 war er Nationalrathskandidat der sozialdemokratischen Partei.

Nus Nuh und Bern.

Kleine Chronik. Bissige Menschen muß es in dem ostpreussischen Dorfe Cabien geben. Dasselbe hat der wohlhabende Besitzer J. Th. ohne jede Veranlassung dem Gasthofbesitzer G. im Lokale des Letzteren dermaßen in beide Hände gebissen, daß schnellig ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. — Von der Strafkammer in Stettin wurden der Eigentümer und Fuhrmann Hermann Kanig zu zweieinhalb Jahren und der Maurer Nidel zu fünf Jahren Gefängnis verurtheilt. Beide wurden für schuldig erkannt, durch Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung der Vorsicht, zu der sie vermöge ihres Berufs verpflichtet waren, den Tod von fünf Personen und die Verletzung von drei anderen Personen verschuldet zu haben. Es handelte sich um das bekannte Baumglück, bei dem die Giebelwand eines Hauses, das abgebrochen werden sollte, auf eine verkehrreiche Straße fiel. — Oberschlesische Blätter melden aus Lipine: Auf der Schlafenhalde der Matildengrube wurden drei Männer todt aufgefunden. Die Leichen waren so verfault, daß man die Identität der Personen nicht mehr feststellen konnte. — Aus Chemnitz wird gemeldet: Der 39jährige Lehrer Apelt ermordete seinen eigenen Sohn durch zwei Revolvergeschüsse, worauf er Selbstmord beging. Das Motiv der Aufsehen erregenden That ist noch unbekannt. — Der Hypothekbanktrach hat ein neues Opfer gefunden. In einer Wohnung in der Hohen Straße zu Leipzig entleibte sich der 45 Jahre alte Privatmann Dr. jur. Adriani aus Nierlohn durch Erhängen. Der Unglückliche konnte die Verluste nicht erwinden, die der Berliner Hypothekbanktrach ihm gebracht hatte. — Eine eigenartige Pfändung hat in Bennedekstein in der rechtliche Aufregung hervorgerufen. Am 4. d. Mts. starb, wie der „Volksztg.“ von dort berichtet wird, die Ehefrau eines Kaufmannes, dem wegen einer Schuld vor einiger Zeit mehrere Mobilien gepfändet worden waren. Die Versteigerung der Sachen, die einstweilen im Hause des Gepfändeten geblieben waren, sollte am Dienstag um 1 Uhr erfolgen. Am gleichen Tage, um 3 Uhr Nachmittags, sollte auch die Beerdigung der verstorbenen Frau stattfinden. Kurze Zeit vor der Beerdigung erschien nun der Gerichtsvollzieher und wollte die gepfändeten Möbel (Tische und Stühle) zur Versteigerung abholen. Diese waren aber von den Familienangehörigen vorläufig als Unterjake für den Sarg, der die Leiche der verstorbenen Frau in sich barg, benutzt worden. Man hat den Gerichtsvollzieher, mit dem Abholen der Sachen bis nach der Beerdigung zu warten, aber vergeblich: Der Sarg wurde von den Stühlen und Tischen gehoben, auf andere Unterjake gestellt und die beschlagnahmten Sachen dann in den Thorweg eines Hotels gebracht, wo sie, während der Leichenzug vorüber passirte, versteigert wurden! — Zum Schutz der Elefanten in Deutsch-Ostafrika ist gemäß der internationalen Konvention die Ausfuhr von Elefantenzähnen von weniger als 5 Kgr. Gewicht verboten worden.

Vier Gefangene entsprungen. Ideale Räume für Gefangene hat die Dresdener Kriminalpolizei, das muß ihr der Reid lassen. Wurden da kürzlich in der vierten Etage des alten Polizeihauses vier Arbeiter dingfest gemacht, die sich demnächst polizeilich verantworten sollten. Sie haben es indessen vorgezogen, bei nächtlicher Weile auszuruhen, und das ist ihnen „nur so“ gelungen. Mit Hilfe eines vom Fern losgerissenen Wandseisens und eines abgedrehten eisernen Peitschenbandes haben sie die Dielen der Zelle aufgerissen und sich nach Durchbrechung der Decke in die darunter liegenden Bureauräume begeben. Nachdem

in der Freiheit! Wir wußten es Alle, daß es so kommen müsse!“

Einer seiner ehrlichsten und treuesten Freunde, Franz Guttman, stand vor ihm und reichte dem Heingefehrten treuherzig die Hand zum Gruß.

„Ja, Freund, frei bin ich wieder, aber der Mörder bin ich doch! entgegnete Anton düster, den Gruß des Freundes nicht minder herzlich erwidern.“

„Für Deine Freunde nicht“, behauptete Franz überzeugungsvoll, „wir zweifelten nicht einen Moment an Deiner Unschuld, und wußten, daß Du das Opfer der Bosheit und Hinterlist Reinhardt's und Gründler's geworden warst.“

„Ich danke Dir, theurer Freund“, sagte Anton tief bewegt, „aber dennoch wird mich die Mehrzahl für einen Verbrecher halten, mich verurtheilen und verdammen; ich weiß das. — Nun sage mir aber vor allen Dingen, was bedeutet diese Ansammlung dort?“

Auf dem offenen, jugendfrischen Gesicht Franz Guttman's prägte sich unverhohlenen Mitleid und Bedauern, zugleich aber auch eine innere Unruhe aus.

„Frage mich nicht und forsche nicht danach, ich bitte Dich — es ist nichts“, kam es zögernd von seinen Lippen. „Komm mit mir, nach meiner Wohnung, Du findest dort Deine Freunde. Es soll ein Freudentag werden.“

Anton mehrte sanft ab.

„Nein, nicht jetzt, Freund“, sagte Anton. „Du meinst es gut. Du willst mir um meiner Ruhe willen etwas verheimlichen, was ich doch erfahre und bereits ahne. Fürchte nichts, ich habe die Bitterkeit des Lebens ertragen gelernt und bin auch für den schwersten Schlag vorbereitet. — Margarethe feiert heute Hochzeit, nicht wahr, das ist es, was Du mir nicht direkt sagen wolltest? — Nun, sie thut ganz recht daran, für einen Mörder ist sie viel zu edel und rein.“

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Welcher Mensch in Weinselden — mit Ausnahme einer geringen Zahl — würde wohl an Anton's absolute Schuldslosigkeit glauben wollen? Niemand würde ihm mehr trauen und Umgang mit ihm pflegen wollen, und die Tücken seiner Widersacher — das argwöhnte er mit Recht — würden schon Sorge tragen, das fortan Alt und Jung mit Fingern auf ihn zeigen und sagen würde:

„Seht, der ist ein Mörder und Todtschläger. Das Gericht konnte ihm zwar nichts anhaben, aber gethan hat er es doch!“

Dies quälende Bewußtsein empfand er, als er sich, direkt aus dem Gefängnis kommend, dem heimathlichen Dorfe näherte. Die düsteren Grübeleien erregten eine fast wahn-sinnige Verzweiflung, eine furchtbare Bitterkeit gegen Welt und Menschen in ihm. Ein wildes Auslachen drang durch die Luft, so schrill, daß es das Echo weckte und der junge Mann selbst davor erschraf.

Anton's Fäuste ballten sich in zentförmlicher Wuth, der ganze Körper bebte und zitterte vor innerer Erregung. Doch nur eine kurze Weile währte der Kampf der Empfindungen in seiner Brust, dann siegte der edle Stolz, das Selbstbewußtsein und der Gedanke, sein Gewissen rein und fleckenlos zu wissen, mochten die Menschen von ihm denken, was sie was sie immer wollten. Ihnen allen wollte er trotz der Stirn bieten, ihrem Argwohn, ihrem Mißtrauen mit tödtlicher Berachtung begegnen.

Drei Tage nach seiner Verhaftung wurde ihm vom Gefängnisdirektor die Kunde vom Tode seiner Mutter, an der sein Herz mit echt kindlicher Liebe gehangen. Der Schmerz darüber hatte dezent auf seinen seelischen und physischen

